

Prämienverbilligungen: Wir verklagen den Kanton

Die Krankenversicherung wird über Kopfprämien finanziert. Das ist unsozial, denn die Kopfprämie belastet eine Person mit wenig Geld ungleich mehr als eine gut verdienende Person. Um diese Ungerechtigkeit abzumildern, erhalten Personen mit unteren und mittleren Einkommen Prämienverbilligungen. In den letzten Jahren hat die bürgerliche Mehrheit im Grossen Rat die Leistungen für Prämienverbilligungen aber nach und nach abgebaut. Ende Januar hat das Bundesgericht in einem wegweisenden Urteil entschieden, dass der Kanton Luzern bei den Prämienverbilligungen zu stark gespart habe. Vor diesem Hintergrund forderten wir den Regierungsrat auf, die Ansätze auch im Aargau deutlich zu erhöhen und drohten mit einer Klage. Dank dem politischen Druck der SP hat die Regierung das Prämienverbilligungsdekret tatsächlich überarbeitet und die entsprechenden Beträge auf 106 Millionen Franken für 2019 und 116 Millionen für 2020 erhöht. Dieser Vorschlag hat sich im Juni auch im Parlament durchgesetzt: Neu werden einige zusätzliche Personen von der individuellen Verbilligung der Krankenkassenprämien profitieren. Die Korrekturen der Regierung gehen aber noch viel zu wenig weit. Um das Bundesgesetz einzuhalten, bräuchte es nach unseren Berechnungen 160 Millionen für 2019 und 182 Millionen für 2020. Deshalb haben wir einen Anwalt beauftragt, der im Namen von betroffenen Personen gegen das Dekret vorgeht. Die Klage wird voraussichtlich Ende August eingereicht.

Gabriela Suter von Aarau ist Präsidentin der SP Aargau und Grossrätin. Sie kandidiert für den Nationalrat.



LINKS AG

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
183 · Ausgabe AG · August 2019

SP

Festen

Cédric Wermuth von Zofingen ist SP-Nationalrat. Er kandidiert 2019 auch für den Ständerat.



Für den Vater der Psychoanalyse Sigmund Freud liegt der Reiz von Festen in der Übertreibung des sonst Verbotenen. Also darin, sich gehen zu lassen, laut zu sein, zu trinken, zu lachen, den Alltag zu durchbrechen. Feste sind, so verstanden, immer auch Auflehnung gegen die Biederkeit der sonst tagtäglichen Wiederkehr des Jobs in der Arbeitsgesellschaft. Kein Wunder also, dass jede progressive gesellschaftliche Bewegung immer auch Feste und Feiern ins Zentrum ihrer Aktivitäten stellte. Das Feiern hat in der Arbeiter*innen-, in der feministischen und in der ökologischen Bewegung eine lange Tradition. Im Aargau ist diese Tradition, wenn wir ehrlich sind, allerdings lange etwas verloren gegangen.

Der Aargauische Gewerkschaftsbund, die SP, die JUSO, die

Naturfreunde und das Arbeiterstrandbad in Tennwil haben vergangenes Jahr zum 100. Jubiläum des Landesstreiks beschlossen, an diese Tradition wieder anzuknüpfen. Mit dem «Fest der Solidarität» möchten wir einen Ort schaffen, an dem sich die Linke im Aargau zum Feiern trifft. Das ist uns, so meinen wir vom OK zumindest, mit der ersten Ausgabe und den Auftritten von Tamara Funciello (JUSO) und Gregor Gysi (Mitglied des Deutschen Bundestages Die Linke) durchaus gelungen. Nun geht das Fest am 17. August 2019 in seine zweite Ausgabe.

Für dieses Jahr konnten wir mit Jacqueline Fehr, Regierungsrätin in Zürich, und Kevin Kühnert, Vorsitzender der Juso in Deutschland, wieder zwei prominente Gäste der europäischen Linken gewinnen. Jacqueline Fehr ist seit Jahrzehnten in der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften aktiv und aktuell Mitglied der Zürcher Regierung. Jacqueline interpretiert ihre Rolle nicht selten etwas anders als andere Mitglieder kantonaler Regierungen. Sie scheut sich nicht, für ihre, unsere Anliegen auch das nationale Par-

kett zu suchen und befeuert so immer wieder Debatten.

Kevin Kühnert wurde einer breiteren europäischen Öffentlichkeit vor allem als Anführer des «No-Groko»-Lagers bekannt, als die SPD-Basis vor einem Jahr über die erneute Beteiligung der Partei an einer Regierung mit der CDU abstimmte. Seither sorgt er immer wieder für Bewegung im Grossen Kanton. Jüngst, als er darauf hinwies, dass die Autoindustrie in Deutschland zu mächtig geworden sei, um nicht demokratisch kontrolliert zu werden. Manche Kommentatoren schlagen den eben erst 30 gewordenen Kühnert bereits als neuen Parteivorsitzenden vor.

Das Fest der Solidarität 2019 wird am 17. August ab 16 Uhr im Arbeiterstrandbad Tennwil mit Kinderzelt, Bar, Grill, Tombola und politischen Reden für ein Fest im wahrsten Sinne des Wortes sorgen. Wir freuen uns auf euer zahlreiches Erscheinen.

Tickets und Infos:
www.fest-der-solidaritaet.ch

**NEUER FACHAUSSCHUSS-
CO-PRÄSIDENT****Roger Sax**

links.ag: Seit Anfang 2019 bist Du neu Co-Präsident des Fachausschusses Finanzen und Wirtschaft. Woher kommst Du beruflich und politisch?

Nach einer abgeschlossenen Berufslehre als Elektromonteur absolvierte ich die Erwachsenenmatur und erhielt nach meinem Abschluss an der ETH Zürich eine Anstellung an der Alten Kantonsschule in Aarau, wo ich seit 2010 Mathematik unterrichtete. Zudem engagiere ich mich im Verein der Aargauischen Mittelschullehrpersonen (AMV) und in der Geschäftsleitung des Aargauischen Lehrerinnen- und Lehrerverbands (alv). Vor zwei Jahren bin ich der SP beigetreten. Das ist ein relativ später Beitritt, aber dafür einer aus Überzeugung und mit dem Willen, aktiv mitzuarbeiten.

Womit beschäftigt sich der Fachausschuss F&W aktuell?

Die letzten beiden Jahre wie auch das aktuelle Jahr werden stark durch die Steuerpolitik dominiert. Während wir die Gegensteuer-Initiative vorbereitet haben, gab es auf eidgenössischer Ebene nach der gescheiterten Unternehmenssteuerreform USR III die Steuervorlage SV17 und schliesslich die STAF. Unsere Gegensteuer-Initiative fordert eine moderate Anpassung der Gewinnsteuern nach oben oder, was der Sache gerechter wird, eine Aufhebung der im vergangenen Jahrzehnt zugestandenen Steuergeschenke, die verschiedene schmerzhaft Abbaumassnahmen zur Folge hatten. Die Steuerpolitik wird uns folglich noch eine Weile beschäftigen. Ein weiteres aktuelles Thema ist die Digitalisierung und ihre Auswirkung auf die Wirtschaft und die Arbeit. Einen akuten Handlungsbedarf sehen wir dort im Moment unter anderem bei der Aus- und Weiterbildung.

Der Mathematiklehrer Roger Sax von Niederwil ist seit Anfang 2019 Co-Präsident des Fachausschusses Finanzen und Wirtschaft. Die Fragen stellte Katharina Kerr.

Klimaschutz braucht eine neue Mobilitätspolitik

Jürg Cafilisch von Baden ist Fachrichter Familiengericht und Präsident des VCS Aargau. Er kandidiert für den Nationalrat.



Als Präsident des VCS Aargau stehe ich für einen wirksamen Klimaschutz ein. Darum ist mir eine nachhaltige Mobilität ein zentrales Anliegen. Ebenso faire Löhne, ein wirksamer Mieterschutz und eine gerechte Steuer- und Finanzpolitik. Weiter setze ich mich für Transparenz in Bezug auf Parteienfinanzierung, eine Reform der Altersvorsorge zugunsten der 1. Säule, sowie für ein soziales und demokratisches Europa – mit der Schweiz als zukünftigem Mitglied – ein.

Der *Klimawandel* ist Tatsache, rasches Handeln unerlässlich. 36 Prozent der Energie benötigen wir für die Mobilität, davon 94 Prozent mit fossilen Brennstoffen. Die Pläne von 6-spurigen, doppelstöckigen Autobahnen sind ein Relikt der 60er Jahre des letzten Jahrhunderts. Darum: Kein weiterer Ausbau des motorisierten Individualverkehrs, Förderung von öffentlichem, Velo- und Fussverkehr. Elektromobilität ist nur beschränkt eine Alternative. Ein Tesla beispielsweise bewegt fast 2 Tonnen mit durchschnittlich 1,3 Personen. Und neben dem Klimazuschlag für Flugreisen braucht es einen zusätzlichen Ausbau des europäischen Bahnangebotes (inklusive Nachtzüge) als Alternative zu Flugreisen. Dabei sollen die SBB endlich aktiv werden.

Die 2.Säule wird immer brüchiger, das Rentenversprechen der Pensionskassen kann nicht mehr erfüllt werden. Zudem bewirkt der Koordinationsabzug, dass Teilzeitarbeitende und Geringverdienende (also viele Frauen) davon gar nicht oder sehr wenig profitieren. Dies wirkt sich auf die kommenden Generationen verheerend aus. Die *Altersvorsorge* muss zu Gunsten der 1. Säule (AHV) umgebaut werden. Dabei muss auch über neue Finanzierungsmodelle nachgedacht werden. In der Schweiz werden jährlich etwa 63 Milliarden Franken an Erbschaften von der älteren an die jüngere Generation weitergegeben. Bei einer Erbschaftssteuer von 2 Prozent könnten jährlich

über eine Milliarde Franken in die Altersvorsorge fließen und dadurch die Lohnabzüge gesenkt werden.

Wohnen ist ein zentrales Grundbedürfnis. Mietende zahlen jährlich 7 Milliarden zu viel Mieten, weil Hypozins-Senkungen von den Vermietenden nicht weitergegeben werden. Das Mietrecht muss gestärkt werden. Bei Mieterwechsel muss der bisherige Mietzins für den Mieter und die Mieterin bekannt und bei übermässigen, nicht nachvollziehbaren Steigerungen anfechtbar sein.

Die Schweiz liegt mitten in *Europa* und ist ein Teil davon. Die Annäherungspolitik soll weitergeführt werden. Aber Dumpinglöhne dürfen nicht der Preis dafür sein. Europa muss sozialer und demokratischer werden. Sonst ist ein Rückfall in den Nationalismus nicht auszuschliessen. Die Schweiz soll sich aktiv für ein geeintes Europa einsetzen.

Demokratie darf nicht käuflich sein, darum ist die Transparenz der Parteien- und Abstimmungsfinanzierung sowie die Offenlegung der Interessenlagen Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie.

Neben dem Klimazuschlag für Flugreisen braucht es einen zusätzlichen Ausbau des europäischen Bahnangebotes (inklusive Nachtzüge) als Alternative zu Flugreisen.

Erhöhung des Rentenalters von Frauen*: Nicht mit mir!

Elena Flach von Endingen ist Präsidentin der SP Frauen Aargau und Co-Präsidentin der SP des Bezirks Zurzach. Sie kandidiert für den Nationalrat.



Über eine halbe Million Frauen* gingen am 14. Juni 2019 auf die Schweizer Strassen und forderten am Frauen*streik lautstark die langersehnte Gleichstellung der Geschlechter ein. Die über 500 000 Menschen müssen im Parlament gehört und wichtige Gleichstellungsthemen endlich angegangen werden.

Dies geschah auch, doch leider in die völlig falsche Richtung; denn der Bundesrat sprach sich öffentlich für eine Rentenaltererhöhung der Frauen* auf 65 Jahre aus.

Obwohl die SP es bereits zweimal schaffte, die Erhöhung an der Urne zu verhindern, nimmt der Bundesrat nun einen dritten Anlauf. Diesmal versucht er jedoch, die Gegner*innen mit Ausgleichsmassnahmen zu fangen, die angeblich den Frauen* zugutekämen. «Die Frauen* würden einen grossen Teil zur Stabilisierung der AHV beitragen», so der Bundesrat. Erneut soll ein gesellschaftliches Problem auf dem Buckel der Frauen* gelöst werden. Kostengünstig und bequem.

Ich spreche mich ganz klar gegen die Erhöhung des Rentenalters aus und sehe die versprochenen Ausgleichsmassnahmen als scheinheilige Beigabe.

Eine Studie der feministischen Fakultät Zürich in Zusammenarbeit mit der bekannten Ökonomin Mascha Madörin zeigt mit Fakten auf, wie viel Frauen* bereits für unsere Gesellschaft leisten:

Fakt 1: Die Lohngleichheit zwischen den Geschlechtern ist bis heute nicht erreicht und den Frauen* entgehen dadurch trotz gleicher Arbeitszeit jährlich 100 Milliarden Franken.

Fakt 2: Frauen* leisten den grössten Teil an unbezahlter Care-Arbeit für Kinder und Angehörige sowie Haushaltsarbeit. Dies macht einen monetären Wert von insgesamt 248 Milliarden Franken pro Jahr aus! Umgerechnet sind das pro Jahr rund 1 Milliarde Gratis-Arbeitsstunden, die Frauen* leisten.

Und nun fordert der Bundesrat die Erhöhung des Rentenalters der Frauen* auf 65 Jahre. Erneut sollen Frauen* für eine AHV-Sanierung geradestehen. Nicht mit uns und nicht mit mir! Ich spreche mich ganz klar gegen die Erhöhung des Rentenalters aus und sehe die versprochenen Ausgleichsmassnahmen als scheinheilige Beigabe. Wenn es zu einer Erhöhung des Rentenalters kommen sollte, dann müssten alle mitanpacken, auch die Männer*! Zum Beispiel könnte man das Rentenalter für beide Geschlechter erhöhen. Doch stelle man sich den Aufruhr der Männer* vor, wenn es hiesse: «Arbeiten bis 66 Jahre!» Deshalb darf die einseitige Rentenaltererhöhung für Frauen* nicht Realität werden! Dies ist höchstens eine Gleichberechtigung zugunsten der Männer* mit negativen Konsequenzen für die Frauen*.

Es ist ein heftiger Schlag ins Gesicht aller Frauen*, dass der Bundesrat bei diesen Fakten und dem überwältigenden Frauen*streik eine derartige Forderung stellt. Wieder einmal wurde mir klar, in welcher Schweiz wir leben: Die Frau* soll der Gesellschaft geben, so oft und so kostengünstig wie möglich, bekommen soll sie möglichst wenig.

Darum möchte ich mich im Nationalrat stark machen – für die Rechte von uns Frauen*, für die Gleichberechtigung aller Geschlechter.

KOMMENTAR



Etwas tun für Flüchtlinge im Aargau

Zum Flüchtlingstag vom 22. Juni reichte die SP drei Vorstösse für die Verbesserung der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen ein. Zusätzlich wurden drei Vorstösse betreffend Chancengleichheit von geflüchteten Kindern eingereicht. Die Vorstösse sind in Zusammenarbeit mit dem Verein Netzwerk Asyl Aargau und dem Fachausschuss Asyl und Migration entstanden. Martina Bircher macht mich fertig. Fast jede Grossratssitzung ist gespickt mit Vorstössen ihrer Lieblingsthemen: «In Frage stellen der Sozialhilfe (Kosten)» und «Kosten im Asylwesen».

Um Menschen dreht sich ihr Politgedöns nie. Sie ist im Moment die Asylpolitik des Aargaus, und die Mehrheiten im Parlament sind klarer denn je – von rechts bis tief in die CVP. Es wurde Zeit, dass wir endlich Gegensteuer geben. Wir fordern nicht viel und gehen davon aus, dass die Massnahmen ohne deutliche Mehrkosten viel bewirken – im Interesse der Gemeinden, aber vor allem für das Wohl und die Gesundheit der Geflüchteten. Die Vorstösse verlangen: Erhöhung der Stundenzahl im Einschulungs- und Vorbereitungskurs (EVK) für asylsuchende Kinder und unbegleitete Minderjährige, Spielgruppenbesuch für alle Kinder von Asylsuchenden und vorläufig aufgenommenen Ausländer_innen ein Jahr vor dem Eintritt in den Kindergarten, Verbindliche Standards der Unterkünfte und Unterbringung von geflüchteten Menschen mit Aufenthaltsbewilligung als N- und F-Ausländer/Ausländerinnen in kantonalen Unterkünften und in Gemeinden, Konzept für künftige Grossunterkünfte im Kanton Aargau, Standards bei der Betreuung und Unterbringung von Asylsuchenden und vorläufig aufgenommenen Ausländer_innen mit besonderen Bedürfnissen, Gewährleistung des Rechts des Kindes auf ein Zusammenleben mit der Familie unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Zu viel verlangt? Das Minimum!

Lea Schmidmeister von Wettingen ist SP-Einwohnerin und Grossrätin. Sie kandidiert auf der Liste q*f für den Nationalrat.

NEU IM GROSSEN RAT



Alain Burger

Du wirst am 27. August 2019 als Nachfolger von Kurt Emmenegger als Grossrat vereidigt. Woher kommst Du privat, beruflich und politisch?

Alain Burger: Ich komme aus Wettingen, bin Berufsschullehrer in Baden und seit fünf Jahren für die SP im Wettinger Einwohnerrat. Als Jugendlicher war ich in der Jungwacht aktiv. Hier lernte ich Projekte zu realisieren und Verantwortung zu übernehmen. Für mich war das eine gute Vorbereitung auf mein politisches Engagement. Über die Kinder- und Jugendkommission kam ich zur kommunalen Politik und dank Lea Schmidmeister in die SP.

Welche politischen Anliegen möchtest Du im Grossen Rat speziell vertreten?

Als Berufsschullehrer möchte ich mich für eine starke (Berufs-)Bildung einsetzen. Das duale Bildungssystem in der Schweiz ist einmalig und muss weiter gestärkt werden. Im Grossen Rat möchte ich mithelfen, gute Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Lernende fit für das 21. Jahrhundert gemacht werden können. Denn der wahre Schutz der Demokratie ist Bildung. Daneben interessiere ich mich auch dafür, wie unsere Demokratie weiterentwickelt und die Partizipation verbessert werden kann.

Was heisst für Dich sozialdemokratische Politik in der Schweiz?

Dass wir, sozial genommen, alle füreinander verantwortlich sind. Bei der sozialdemokratischen Politik geht es für mich um mehr Chancengerechtigkeit, das Wohl der Schwachen in unserer Gesellschaft und darum, dass wir an der Freiheit und Würde jedes einzelnen Menschen festhalten.

Alain Burger von Wettingen ist SP-Einwohnerrat. Am 27. August 2019 wird er als Grossrat vereidigt. Die Fragen stellte Katharina Kerr.

Eine feine Röschi aus dem Schöftler Gemeinschaftsgarten!



Anja Gestmann von Schöftland ist SP-Gemeinderätin. Sie kandidiert für den Nationalrat.

In Schöftland haben wir fünf Nationalratskandidat*innen verschiedener politischer Couleur ein gemeinsames Projekt lanciert, das die Nationalratswahlen nachhaltig überdauern soll: Auf dem Gelände des Regionalen Alterszentrums Schöftland haben wir einen Schöftler Gemeinschaftsgarten angelegt, der gemeinsam mit Interessierten aus der Bevölkerung bewirtschaftet wird. Ohne Zwängereien und im Vertrauen, dass wir ein gemeinsames Ziel haben und gemeinsam daran schaffen. So muss Politik funktionieren, gerade im Lande der direkten Demokratie, einem Land mit Zauberformel. Nicht die Gegensätze betonen, über den besten Weg zum Ziel darf und muss kontrovers diskutiert werden, bis der beste Kompromiss oder sogar der «grosse Wurf» erarbeitet ist. Und im Nachgang werden sich dann alle gemeinsam für die Zielerreichung einsetzen!

Und Ziele gibt es derzeit viele, die SP hat allein für die kommende Legislaturperiode vier grosse, wichtige Themen im Visier: Bildung, Gesundheit, Arbeit und nicht zuletzt das Klima, das unser aller Aufmerksamkeit braucht.

Wir, die Menschheit, haben lange – zu lange – über unsere Verhältnisse auf Kosten anderer gelebt. Es gibt viele Baustellen, für die die Politik heute nachhaltige Lösungen finden muss. Die Lösung für mich: Leben eben gerade «NICHT» auf Kosten anderer anstreben: 1. in meinem persönlichen Umfeld; 2. in der Wirtschaft, in der Mitarbeitende dem Aktienwert zuliebe ausgebeutet oder entlassen werden; 3. in der gewinnorientierten Neuentwicklung, deren Hinterlassenschaft vom Steuerzahler aufgeräumt und bezahlt werden muss (siehe Atomkraft). Klimasünden der Vergangenheit, Gegenwart und leider auch der Zukunft begehen wir auf Kosten der nächsten Generationen und der Flora und Fauna.

Um aus Fehlern der Vergangenheit zu lernen, müssen wir ganzheitlich über unser Verhalten und unsere privaten, politischen

und wirtschaftlichen Projekte nachdenken. Wir müssen in die Betrachtung die kurz- und langfristigen Auswirkungen unseres Handelns auf wirklich alles und jede* einbeziehen. Warum nicht auf einen Teil des kurzfristigen Gewinns zugunsten eines in Balance gehaltenen Zusammenlebens verzichten? Es ist mir bewusst, dass insbesondere in der Wirtschaft das Verhalten des Topmanagements eine kulturelle Änderung erfahren muss. Ein nachhaltig geführtes Unternehmen braucht Fürsorge für alle Beteiligten und für die Natur. Aber, davon bin ich überzeugt: Nur gemeinsam können wir besser werden, der Schlüssel liegt in Diversität und Einbezug aller Seiten, gepaart mit weniger Egoismus. Den Mut zur vertrauensvollen Zusammenarbeit aufzubringen – auch und gerade in der Politik – ist aus meiner Sicht die Grundlage zur Lösung vieler unserer heutigen Aufgaben. Weiteres Hickhack auf politischer Handlungsebene ist keine Option, sonst ist alles für die Katz! Gemeinsam gesunden Menschenverstand umsetzen, wie im Kleinen in unserem Schöftler Gemeinschaftsgarten, dafür stehe ich ein!

**Gemein-
sam gesunden
Menschenverstand
umsetzen, wie im
Kleinen in unserem
Schöftler Gemein-
schaftsgarten, dafür
stehe ich ein!**

Scheiss auf starke Frauen!



Mia Gujer von Wettingen ist Mitglied der Geschäftsleitung der SP Aargau. Sie kandidiert für den Nationalrat.

Ich bin Feministin, daran besteht kein Zweifel. Dies hat zum einen damit zu tun, dass meine Mutter, in skandinavischer Manier, mir die Gleichstellungspolitik mit der dänischen Muttermilch einflösste. Andererseits damit, dass je mehr ich mich mit mir und der Welt, die mich umgab, beschäftigte, ich mich dem Kampf um Gleichstellung automatisch mehr und mehr widmete.

Immer wieder stosse ich in den sozialen Medien, in meiner kleinen feministischen Bubble, wie auch in den (Print)Medien auf den Begriff «starke Frauen», wahrscheinlich gleichzustellen mit dem Begriff «Powerfrau», also eine Frau, die aussergewöhnlich stark ist oder Ausserordentliches leistet. Doch wer sind diese starken Frauen? Als starke Frauen werden Frauen beschrieben, welche sich zum Beispiel einen Platz in einer Geschäftsleitung einer grossen Firma erkämpft haben oder sich ausserhalb der zugeordneten, stereotypisch erwarteten Verhaltensweise verhalten. Frauen also, welche dem männlichen Stereotyp verhaltenmässig näher stehen als dem weiblichen.

Frauenmagazine machen uns klar: Die Powerfrau hat ihr Leben im Griff. Sie arbeitet täglich 12–15 Stunden, kommt nach Hause, kümmert sich um die Kinder und um ihren Ehemann. Dabei sieht sie natürlich immer perfekt gestylt aus und hat eine Modelfigur.

Ja, ich habe ein Problem mit dem Begriff «starke Frauen». Werden Frauen denn automatisch in zwei Lager aufgeteilt? Starke Frauen und der Rest, schwache Frauen? Was ist denn mit den Männern? Gibt es da auch starke und schwache Männer? Wieso werden männliche CEOs nicht Powermänner genannt oder als starke Männer bezeichnet? Für uns ist es leider Gewohnheit, dass höhere Positionen in Firmen, Politik oder ganz generell in der Gesellschaft grösstenteils von Männern besetzt werden. Bei Frauen ist dies nach wie vor eine Besonderheit, etwas, dass unseren alltäglichen Rahmen sprengt. Daher neigen wir dazu, diesen Frauen einem spe-

ziellen Begriff zuzuordnen. Um zu erklären, wieso diese Frau in einer hohen Position ist. Mit dem Begriff «starke Frau» relativieren wir aber einerseits die Leistung von Frauen, andererseits setzen wir automatisch alle anderen Frauen herab. Wir schaffen innerhalb der Frauen eine Zweiklassengesellschaft. Starke Frauen und Frauen. Dieser kleine grosse sprachliche Unterschied lässt uns daran erinnern, dass wir alle Teil eines patriarchalischen Systems sind, welches Frauen und Queers automatisch benachteiligt.

Also scheiss auf die starken Frauen! Ich will Frauen als Vorbilder, weil sie mindestens so viel erreichen können wie Männer. Als CEOs, in Geschäftsleitungen, als Führungskräfte und in der Politik. Keine übernatürlichen Geschöpfe, die aus einer fixen Idee von «besseren Frauen» im kapitalistischen System entstanden sind. Wir Frauen müssen aufhören, uns gegenseitig zu kritisieren, und eine Frauensolidarität schaffen.

Laut dem Bundesamt für Statistik sind nur 15 Prozent von allen Mitgliedern des Ständerates Frauen, im Nationalrat sind es 32 Prozent, in den kantonalen Regierungen 25,3 Prozent und in den kantonalen Parlamenten nur 29,2 Prozent. Im Aargau haben wir fünf Regierungsräte, davon war eine eine Frau (die aber auf Ende Juli 2019 zurückgetreten ist).

Liebe Frauen, am 20. Oktober sind Nationalratswahlen. Zeit, die Verhältnisse umzukehren!

Mit dem Begriff «starke Frau» relativieren wir aber einerseits die Leistung von Frauen, andererseits setzen wir automatisch alle anderen Frauen herab.

ZUM RÜCKTRITT AUS DEM GROSSEN RAT VON KURT EMMENEGER



Ein verdienter Genosse

Dieser Titel hätte ihm wohl weniger gefallen, denn er war vor allem Gewerkschafter. Der GBI-Sekretär in Stein und Baden war zuletzt Unia Regio-Leiter für den ganzen Aargau, ein fordernder Job in einem immer schwierigeren Umfeld. Im Aargauischen Gewerkschaftsbund AGB folgte er 2009 dem damals neu in die Regierung gewählten Urs Hofmann als Präsident. Im Mai 2017 trat er vom Präsidium zurück. Als er am 28. November 2000 in den Grossen Rat nachrutschte, war er noch nicht SP-Mitglied, hatte aber auf der Badener SP-Liste kandidiert. Ich war damals Fraktionspräsidentin und freute mich über einen weiteren Juristen und Linken in der Fraktion (der auch bald in die SP eintrat). Bald nahm Kurt Emmenegger die Arbeit in wichtigen Kommissionen auf: in der Justizkommission, den Kommissionen Volkswirtschaft und Abgaben, Aufgabenplanung und Finanzen, in der Finanzkontroll-Delegation und in den nichtständigen Kommissionen AVIG (Einführungsgesetz Arbeitslosenversicherung) als Mitglied und Ladenschlussgesetz als Präsident: alles Kommissionen, in denen ökonomischer Sachverstand und politisches Engagement für die Arbeitnehmenden gefragt waren. Kurt Emmenegger war es auch, der an einer Demonstration gegen «Sparmassnahmen» des Kantons klar machte, dass es sich dabei nicht um Sparen, sondern um Abbau handle. Und in den fast zehn Jahren, die ich ihn im Grossen Rat erlebte oder bei den Ausmarchungsdiskussionen zwischen Unia und VPOD (den ich damals präsidierte) habe ich diesen Kollegen stets als fair und umgänglich erlebt. Sein Nachfolger im AGB-Präsidium ist der Badener Soziologe und Grossrat Florian Vock. Er schreibt über Kurt Emmenegger: «Seine Kritik an der neoliberalen Aargauer Steuer-, Finanz- und Wirtschaftspolitik war immer laut und deutlich. Sein Engagement war in der Sache kompromisslos für die

AUF ZUM WAHLFEST DER SP AARGAU IN AARAU!



Über hundert engagierte Mitglieder der SP Kanton Aargau haben vor den Sommerferien mit Menschen am Telefon und an der Haustüre gesprochen. Dieser grosse Einsatz hat ein Fest verdient. Deshalb feiern wir am Samstag, dem 7. September, in Aarau auf dem Schlossplatz. Neben der verdienten Pause für das bereits Geleistete soll dieser Anlass auch als Einstimmung auf die noch kommenden Herausforderungen dienen. Denn uns steht ein heisser Wahlherbst bevor: Neben der Verteidigung des linken Ständeratssitzes und der Rückeroberung des dritten Nationalratssitzes streben wir auch noch einen zweiten Sitz in der Aargauer Regierung an. Wir müssen also voll motiviert und mit viel Elan in diesen wichtigen Herbst starten. Aus diesem Grund haben wir unsere Bundesrätin Simonetta Sommaruga und den St. Galler Ständerat Paul Rechsteiner nach Aarau eingeladen. Sie werden uns mit ihrer Präsenz und ihren Reden auf diese grosse Herausforderung einstimmen. Natürlich sind auch die Kandidierenden der verschiedenen Listen, allen voran unsere bisherigen Nationalräte Cédric Wermuth und Yvonne Feri, anzutreffen. Unser Regierungsrat Urs Hofmann und unsere Ständerätin Pascale Bruderer werden ebenfalls vor Ort sein. Es würde uns freuen, euch am Samstag, 7. September, ab 16 Uhr auf dem Schlossplatz in Aarau zu begrüßen. Die Rede von Simonetta Sommaruga ist um 17 Uhr, Paul Rechsteiner spricht um 19 Uhr. Dazwischen gibt es einen musikalischen Beitrag, und für Verpflegung und Getränke ist auch gesorgt.

Claudio Bernet von Bern ist politischer Sekretär der SP Aargau.

Ein starker Staat schafft Sicherheit



Arsène Perroud von Wohlen ist Gemeindegamann und SP-Grossrat. Er kandidiert für den Nationalrat.

Der öffentlichen Hand werden durch ungerechte Steuerprivilegien für Einzelne laufend Mittel entzogen. Dies führt zum Abbau von Leistungen oder zum Verzicht auf die Umsetzung wichtiger Massnahmen, die der Staat braucht, um in einem dynamischen Umfeld eine wichtige Rolle einzunehmen. Ein Nachwächterstaat, der sich von seinen zentralen Aufgaben zurückzieht und das Feld den Interessen und dem Profit von Grosskonzernen überlässt, ist nicht vertrauenerweckend.

Vertrauen in die Institutionen zu haben, ist wesentlich, damit sich die Bevölkerung positiv entwickeln kann. Fehlende Perspektiven, Unsicherheit oder fehlende Zuversicht sind hemmend. Das Vertrauen in die Institutionen ist bei einem zunehmenden Teil der Bevölkerung nicht mehr da. Es sind verschiedene Themen, bei denen das Vertrauen schwindet oder schon ganz weg ist: Altersvorsorge, Sicherheit, Klimapolitik, faire Löhne für geleistete Arbeit, Europa, Wirtschaft und Gesundheitsversorgung.

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden es zusammen mit den Gewerkschaften schaffen, der Bevölkerung das

Vertrauen in die Politik wieder zurück zu geben. Lösungen, die auf Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit, Solidarität, Transparenz, Gleichstellung und Chancengleichheit beruhen, sind die Rezepte der Zukunft. Wenn wir es schaffen, die Weichen in diese Richtungen zu stellen, dann wird unsere Gesellschaft fähig sein, die wesentlichen Fragen der Zukunft zu lösen.

Auf nationaler Ebene fallen wesentliche Entscheide, die für die einzelnen Gemeinden Auswirkungen haben. Daher ist es wichtig, dass in den nationalen Parlamenten Vertreter von Städten und Gemeinden Einsitz und Einfluss nehmen können. Als Gemeindegamann bin ich täglich damit konfrontiert, wie sich Entscheide des bürgerlichen Parlaments auf die Bevölkerung und die Unternehmen auswirken und welche positiven und negativen Entwicklungen daraus folgen.

Das Wohl der gesamten Gemeinschaft und eine solidarische Grundhaltung müssen in der Politik leitend sein. Bei zu vielen Entscheiden in den vergangenen Jahren war aber die Verliererin die Bevölkerung, indem man ihre nachgewiesenen Bedürfnisse, wenn überhaupt, dann nur halbherzig aufgenommen hat. Zu oft wurde Klientelpolitik für diejenigen betrieben, die sowieso schon genug haben. Und ganz oft werden Probleme lieber bewirtschaftet, um den eigenen Wähleranteil und die eigene Klientelpolitik zu stärken, anstatt die Herausforderungen nachhaltig und zum Vorteil der gesamten Bevölkerung zu lösen. Damit sich hier etwas ändert, braucht es im Herbst 2019 neue Mehrheiten in Bern und dazu leiste ich meinen Beitrag.

DREI FRAUEN, DREI THEMEN, DREI FILME

Sonntag, 8. September, 11.00–17.00 Uhr, Stadtmuseum Aarau

GRUNDRECHT AUF WOHNEN

11.15 «Push» von Fredrik Gertten, präsentiert von Lelia Hunziker. Anschliessend Diskussion

KLIMASCHUTZ

13.15 «Energiepioniere» von Samuel Stefan, präsentiert von Gabriela Suter. Anschliessend Gespräch u. a. mit Klimastreik Aargau

GLEICHSTELLUNG

15.15 «We want Sex» von Nigel Cole, präsentiert von Leona Klopfenstein. Anschliessend Film vom Frauen*streik 2019 in Aarau

SP Bezirk Aarau



UNTERLISTE SP MIGRANTINNEN

«Diversität anerkennen und Chancen nutzen»

DIES IST DER WAHLSLOGAN DER SP MIGRANTINNEN, DIE MIT 13 KANDIDIERENDEN BEI DEN NATIONALRATSWAHLEN ANTRETEN. DIE LISTE SOLL DAS ENGAGEMENT DER MIGRANTINNEN, DIE MIT IHREM EINSATZ VIEL FÜR UNSER ZUSAMMENLEBEN LEISTEN, ÖFFENTLICH MACHEN UND DEREN POTENZIAL NUTZEN.



von links: Sennur Sümer (Villmergen), Hüseyin Türkkán (Rekingen), Stefan Dietrich (Bremgarten), Mario Cadinu (Aarburg), Theifyaah Krishnathasan (Mägenwil), Florim Kadriu (Baden, Kandidatur zurückgezogen), Theebigah Krishnathasan (Mägenwil), Rolf Schöner (Aarau), Leutrim Spahija (Brugg), Funda Mignogna (Schöftland), Sine Gökçen (Untersiggenthal). Es fehlen: Esad Sadikovic, Birr, Beşir Kısa Açıkgöz (Wettingen), Vinko Matanovic (Baden).

QUEER*FEMINISTISCHE PARTNER*INNENLISTE Q*F!

Gleichstellung für alle

DIE SP FRAUEN* AARGAU HABEN DIE ERSTE QUEER-FEMINISTISCHE NATIONALRATSLISTE DER SCHWEIZ NOMINIERT. DIE 15 KANDIDIERENDEN WOLLEN IN DIESEM WAHLKAMPF GEMEINSAM FÜR GLEICHSTELLUNG FÜR ALLE EINSTEHEN, UNABHÄNGIG VON GESCHLECHT ODER SEXUELLER ORIENTIERUNG.

Die Kandidierenden von q*f! setzen sich ein für:

- Gleichstellung für alle* statt Diskriminierung
- Die Selbstbestimmung aller Menschen über den eigenen Körper und den Schutz vor seelischer und körperlicher Gewalt
- Eine Gesellschaft ohne Rollen- und Beziehungstereotypen
- Die wirtschaftliche Eigenständigkeit von Frauen*
- Die Anerkennung der Menschenrechte von Migrant*innen



von links: Christian Oberholzer, James Ackermann, Cora Leder (hinten), Sandra-Anne Sämy Göbelbecker (vorne), Viviane Hösli, Antonia Iten (hinten), Daniela Gassmann (vorne), Fabio Haller, Julia Conrad-Wassmer (vorne), Daniel Schiessl (hinten), Ruben Ott, Ligia Vogt (vorne), Peter Göbelbecker (hinten), Sara Suter. Lea Schmidmeister fehlt auf dem Bild.

Erfahrung und Kompetenz für die Regierung

AM 20. OKTOBER WÄHLEN WIR EINE NEUE REGIERUNGSRÄTIN. UNSERE KANDIDATIN YVONNE FERİ BRINGT ALLES MIT, WAS ES JETZT DAZU BRAUCHT. MIT IHR SCHAFFEN WIR DEN LINKSRUTSCH AUCH IN DER REGIERUNG!

Nach zwei Jahren war das Geschirr endgültig zerbrochen. Regierungsrätin Franziska Roth reichte Mitte Juni ihren Rücktritt ein. Wie es dazu kam, ist bekannt. Trotzdem war es für viele eine Überraschung. Die Regierung setzte den Wahltermin auf den 20. Oktober an, gleichzeitig mit den eidgenössischen Wahlen. Das ist eine Herausforderung für uns. Und wir nehmen sie an!

Eine Frau aus dem links-grünen Lager

Die SVP hat ihre Regierungs-Unfähigkeit bewiesen: Sie hielt an einer nicht geeigneten Kandidatin fest – wie auch FDP und CVP, die verantwortungslos lieber «die Kröte schluckten» als den Sitz wieder dem links-grünen Lager zu überlassen. Dieses Lager ist in der Regierung deutlich untervertreten. Auch deshalb müssen wir diesen Sitz jetzt zurückerobern. Und es braucht eine



Dieter Egli von Windisch ist SP-Grossrat, Co-Präsident der SP-Grossratsfraktion und Vizepräsident der SP Aargau.

Frau: Eine Regierung, die nur aus Männern besteht, akzeptieren wir im Jahr 2019 nicht mehr!

Vom Fach – und erfahren auf allen Ebenen

Die Geschäftsleitung freut sich, mit Yvonne Feri die perfekte Kandidatin für die Regierungsratswahlen präsentieren zu können: Yvonne Feri ist seit 2011 Nationalrätin, zuvor sass sie während 10 Jahren im Grossen Rat und von 2006 bis 2016 im Wettinger Gemeinderat. Sie ist bestens vernetzt und hat Erfahrungen auf allen politischen Ebenen. Das braucht es jetzt im Regierungsrat!

Es braucht aber auch fachliche Kompetenz und Führungswillen. Denn die neu gewählte Regierungsrätin wird das Department Gesundheit und Soziales (DGS) übernehmen müssen – das Turbulenzen und personelle Abgänge hinter sich hat. Yvonne Feri kennt als ehemali-



ge Gemeinderätin und Vorsteherin des Ressorts Soziales und Gesundheit diese Herausforderung, und sie kennt die Zusammenarbeit in einem Exekutiv-Gremium.

Als Mitglied der nationalrätlichen Kommission für soziale Sicherheit bringt sie auch weitere fachliche Voraussetzungen mit. Im DGS warten viele Baustellen – nicht nur im Gesundheitsbereich, sondern auch im Sozialbereich, der besonders in unserem Kanton unter bürgerlichem Dauerbeschluss steht.

Linksrutsch jetzt

Uns bleiben noch 66 Tage bis zur Wahl. Wir haben die beste Kandidatin. Damit sie gewählt wird, braucht es einen Effort von uns allen – neben den Nationalrats- und Ständeratswahlen. Nutzen wir den Schwung, um auch in Aarau die Trendwende zu schaffen. Mit Yvonne Feri als neue Regierungsrätin.

Fortsetzung von Seite 13

Lohnabhängigen. Aber Kurt war nie zu eitel oder zu verbissen, um im Parlament nicht den strategisch richtigen Entscheid zu treffen, auch wenn er nicht seiner Idealvorstellung entsprach. Das bezeugt seine politische Haltung: Genau wissen, was wir wollen und dann so nahe wie möglich an dieses Ziel kommen – inner- und ausserhalb des Parlaments.»

Katharina Kerr von Aarau ist Redaktorin von links.ag.

AGENDA

17. August 2019, ab 16 Uhr, Arbeiterstrandbad Tennwil
Fest der Solidarität der SP Aargau und des Aargauischen Gewerkschaftsbunds mit Jacqueline Fehr, Zürcher SP-Regierungsrätin, und Kevin Kühnert, Bundesvorsitzender Jusos Deutschland, Musik Frank Powers (Brugg) und DJ Beatween (Aarau).

7. September 2019, Wahleröffnungsfest, 16 – 21 Uhr, Schlossplatz Aarau
Mit Bundesrätin Simonetta Sommaruga und Ständerat Paul Rechsteiner (siehe Seite 14 dieser Ausgabe).

20. Oktober
Eidgenössische Wahlen

IMPRESSUM

SP Aargau, Bachstrasse 43, Postfach, 5001 Aarau
Telefon 062 834 94 74, Fax 062 834 94 75
sekretariat@sp-aargau.ch, www.sp-aargau.ch
Auflage links.ag 3255
Erscheint 6 Mal pro Jahr
Redaktion: Katharina Kerr, katkerr@katkerr.ch
Redaktionsschluss für diese Ausgabe: 29. Juli 2019
Redaktionsschluss nächste Ausgabe:
9. September 2019
Erscheinen nächste Ausgabe: 25. September 2019

An dieser Nummer haben mitgearbeitet: Claudio Bernet, Alain Burger, Jürg Cafilisch, Dieter Egli, Elena Flach, Anja Gestmann, Mia Gujer, Katharina Kerr, Arsène Perroud, Roger Sax, Lea Schmidmeister, Gabriela Suter, Cédric Wermuth.